

Wirtschaftsparlament lehnt SWV-Forderungen zur sozialen Absicherung ab

Utl.: SWV-Anträge zur Abschaffung des Selbstbehaltes, Ausbezahlung des Krankengeldes ab 43. Tag und Vereinbarkeit von Familie und Beruf =

Wien (OTS) - Anlässlich des zehnten Wirtschaftsparlaments der Wirtschaftskammer Österreich, das heute am 27. November 2014 im Haus der Wirtschaft zum letzten Mal vor der Wirtschaftskammerwahl 2015 abgehalten wurde, brachte der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband Österreich (SWV) seine Anträge ein. Diese standen im Zeichen der fairen sozialen Absicherung, Entlastung der Kleinst- und Kleinunternehmen und Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping. ****

Im ersten Antrag zur "Abschaffung des 20 prozentigen Selbstbehaltes" forderte SWV-Präsident und WKO-Vizepräsident Christoph Matznetter die Delegierten des Wirtschaftsparlaments dazu auf, in der nächsten Generalversammlung der SVA, die vollständige Abschaffung der sogenannte "Krankensteuer" zu beschließen. Sie stelle mehr Hürden als die stets geforderte Entlastung dar. Matznetter weist darauf hin, dass "die Mehrheit der Mitglieder in der Wirtschaftskammer EPU und KMU sind und genauso wie alle anderen in das Sozialversicherungssystem einzahlen. Warum sollen sie nicht dieselben Leistungen erhalten?". Er bemerkt weiter "Es wäre eine Verhöhnung, wenn wir in diesem Haus nicht das beschließen, was zur sozialen Absicherung unserer eigenen Mitglieder beitragen würde." Zusätzlich forderte die SWV-Fraktion eine rückwirkende Möglichkeit der Befreiung vom Selbstbehalt für Versicherte der SVA mit einem Behinderungsgrad von mindestens 50 Prozent.

Zwtl.: Verbesserungen beim Krankengeld abgelehnt

Die derzeitige Regelung bei der Ausbezahlung des Krankengeldes ab dem 43. Tag gefährdet im Falle von Krankheit oder Unfall die Existenz von Selbstständigen. "Selbstständige müssen im Falle der Arbeitsunfähigkeit rechtzeitig die dringend benötigten Leistungen erhalten, noch bevor sie in die Insolvenz schlittern", betont Matznetter und fordert die Einführung des Krankengeldes für Ein-Personen-Unternehmen und Kleinstunternehmen mit bis zu fünf ArbeitnehmerInnen ab dem vierten Tag der Arbeitsunfähigkeit. Die Finanzierung der Verbesserung müsste kein Problem sein, erläutert

Matznetter: "Die SVA hätte 470 Millionen an Rücklagen aufgebaut, aus denen man die Anpassung finanzieren könnte. Die SVA als Sparkassen-Verein zu führen ist nicht sinnvoll."

Zwtl.: Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Rund 40 Prozent aller Spartenmitglieder sind Frauen, besonders sie gilt es in wirtschaftlich schwierigen Zeiten im Arbeitsalltag zu unterstützen. Der von den SWV-Delegierten eingebrachte Antrag zur "Vereinbarkeit von Beruf und Familie" wird dazu einen Beitrag leisten. Die Wirtschaftskammer beschließt, sich weiterhin für die soziale und finanzielle Absicherung und die rasche Umsetzung eines bedarfsorientierten und flächendeckenden Betreuungsangebotes für unter 3-Jährige einzusetzen. (Schluss)

~

Rückfragehinweis:

Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Österreich
Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: 0664 885 40 989
mailto:office@wirtschaftsverband.at
www.wirtschaftsverband.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/244/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0263 2014-11-27/15:20

271520 Nov 14

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20141127_OTS0263